

Benjamin-Immanuel Hoff

Konsequenzen aus GATS und Bologna für eine linke Hochschulpolitik

I. Vorbemerkung

Die von der RLS an mich herangetragene Thematik suggeriert, dass es unter den Bedingungen von GATS und Bologna notwendig sei, die Perspektiven linker Hochschulpolitik neu zu bestimmen bzw. zumindest zu analysieren, ob eine neue Bestimmung vorgenommen werden müsse. Dazu sind in den vorgehenden Beiträgen viele kluge Anmerkungen gemacht worden, die zu wiederholen ich nicht hierher gesetzt worden bin. Ich habe deshalb deutlich gemacht, dass ich eine eher akteursorientierte Betrachtung machen möchte.

Meine Ausgangsthese ist, dass es grundsätzlich sinnvoll ist, sich mit den Perspektiven linken Handelns auseinanderzusetzen und bei der Bestimmung von Rahmenbedingungen und ihren Veränderungen - also kurzgefasst einer klassenpolitischen Lageeinschätzung - zugleich eine Bestimmung nicht nur der generellen Kräfteverhältnisse, sondern insbesondere der eigenen Fähigkeiten zur kontinuierlichen Diskursintervention vorzunehmen.

Damit möchte ich den Schwerpunkt etwas anders setzen als in der Überschrift. Ich glaube nicht, dass z.B. der GATS-Prozess eine relevante neue Entwicklung innerhalb der seit Jahren zu beobachtenden Tendenz zur verbetriebswirtschaftlichung von Hochschulen (Bultmann) bzw. Ökonomisierung von Forschung und ihren Ergebnissen (z.B. Patentierung) in Gang setzt. Es handelt sich dabei vielmehr um die Fortführung eines seit Jahren zu beobachtenden Vorgangs in neuer Qualität und in ambivalenten Schritten.

Schwieriger ist es beim Bologna-Prozess. Insbesondere Andreas Keller und seinen mittlerweile drei Untersuchungen zu dieser Thematik, jüngst für die GEW ist es zu verdanken, dass der traditionelle Reflex der Hochschullinken - Weg mit dem neoliberalen Quatsch - einer differenzierteren Analyse den Weg geebnet hat. Keller legt aus meiner Sicht überzeugend dar, dass die europäische Hochschulpolitik im Rahmen des Bologna-Prozesses ebenso wie die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der EU zwar einerseits unter dem Einfluss der Unternehmerlobby (UNICE, ERT) stehen, andererseits aber auch gegenüber den Forderungen von Interessengruppen wie Gewerkschaften bzw. Studierendenverbänden nicht immun sind. Die Schwierigkeit besteht nur darin, dass die Unternehmerlobby weitaus wirkungsmächtiger agiert, als die derzeit marginalisierte Hochschullinke.

Aber noch einmal – das GATS ist für die aktuelle hochschulpolitische Auseinandersetzung noch stärker als der Bolognaprozess, dessen Kerngedanken bereits in Hochschulrecht umgesetzt werden – Synonym einer seit geraumer Zeit laufenden hochschulpolitischen Auseinandersetzung. Die Auseinandersetzung verläuft zwischen verschiedenen institutionellen und inhaltlichen Akteuren:

1. in der Auseinandersetzung zwischen rot-grüner Bundestags- und schwarz-gelber Bundesratsmehrheit
2. bei den Wirkungen traditionell konservativer Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen
3. der Kontroverse um die vielzähligen Hochschulgesetzänderungen der vergangenen Jahre in den Ländern und zum Teil in einzelnen Hochschulen
4. auf Bundes- und Landesebene sowie in den Studentenwerken bei sozialpolitischen Entscheidungen
5. in den Hochschulen und Fachbereichen bei der Entwicklung neuer Studiengänge, der Studienreform etc.
6. in den Ländern bei der anhaltenden Auseinandersetzung um die Unterfinanzierung der Hochschulen bzw. der Gewährleistung von mittelfristiger Planungssicherheit im Status der tendenziellen bzw. realen Unterfinanzierung.

Peer Pasternack fügt diesen Auseinandersetzungsebenen noch die Betrachtung einer verschobenen Frontlinie hinzu: „In den 60er Jahren waren die Konservativen der Hauptgegner, seit den 80er Jahren sind es die Neoliberalen. Gleichwohl sind die Konservativen seit den 80er Jahren keineswegs als Kontrahenten ausgefallen – auch wenn es mitunter so scheint, als würden linke und konservative Positionen gar nicht so weit auseinander liegen, sobald es gegen den marktliberalen Mainstream geht. Beide argumentieren gegen die Verkürzung der Hochschule auf eine Ausbildungsanstalt, gegen ihre marktförmige Organisation und gegen ihre Ausrichtung auf Verwertungsinteressen. Doch verhält es sich durchaus komplizierter. Ausdruck der Unterschiede zwischen emanzipationsgeneigten Linken und Konservativen ist bspw., dass die Konservativen nicht die *Hochschule* verteidigen, sondern nur die *Universität*. Diese müsse einen bildungsbürgerlichen Schutzraum bieten – und sei dafür im übrigen viel zu voll.

Nichtkonservative Kritiker einer marktliberalen Hochschule dagegen beziehen alle Hochschulen, also auch Fachhochschulen, in ihre Überlegungen ein und sehen in Hochschulen weniger einen Schutzraum gegenüber der sonstigen hässlichen Marktwelt, sondern eher einen Entfaltungsraum für Möglichkeiten, die durchaus auch außerhalb der Hochschulen Wirklichkeit werden könnten und sollten. Kurz: Die Emanzipationsneigung der linken Hochschuldebatte drückt sich darin aus, dass die Hochschule als Freiraum für zweckentlastete Bildungserlebnisse verteidigt wird.“

Ich denke damit ist schon ein wichtiger Eckpfeiler der Konsequenzen aus GATS und Bologna beschrieben: Die Aufrechterhaltung eines – wieder mit Pasternack gesprochen – recht altmodischen: eine möglichst weiträumig verankerte, durch Skepsis getragene Aufklärung. Oder um es mit dem sozialistischen LehrerInnenkollektiv von 1973 zu formulieren: Die Aneignung der Fähigkeit, sich in der bestehenden Gesellschaft einerseits halbwegs glücklich fühlen, als auch an ihrer Veränderung bewusst teilnehmen zu können.

Ich habe bereits erwähnt, dass eine solche Auseinandersetzung zwingend einher gehen muss mit einer Betrachtung des zur Verfügung stehenden eigenen Personals für die Intervention in herrschende hochschul- und wissenschaftspolitische Diskurse.

II. Zur Situation der Hochschullinken

Aus meiner Sicht ist die hochschulpolitische Linke noch stärker als vor einigen Jahren in der Defensive. Daran hat rot-grün einen erheblichen Anteil - es spiegelt sich darin aber auch ein Versagen der Hochschullinken selbst wieder.

Da wir sowieso in einer Zeit von 15. Jahrestagen leben, können wir in diesem Jahr auf eine hochschulpolitische Auseinandersetzung zurückblicken, die heute faktisch keine Rolle mehr spielt. Im Wintersemester 1989/90 fand in Westdeutschland ein flächendeckender Hochschulstreik statt, der originär linke Themen - auch außerhalb der üblich verdächtigen Hochschulen wie der FU, der Uni Frankfurt, Marburg und Hamburg zum Gegenstand hatte und in Aktionsformen übersetzte. In einem klugen Aufsatz im Heft 1/1990 der Blätter für deutsche und internationale Politik analysierte der damalige Hochschulaktivist und heutige Journalist Pascal Beucker das Auseinanderfallen von emanzipatorischer Hochschulbewegung im Streik und der organisierten Hochschullinken, die sich in Form des MSB Spartakus, des Sozialistischen Hochschulbundes, der Basisgruppen aber auch der Radikaldemokratischen Studierendengruppen einschließlich der Vereinigten Deutschen Studierendenschaften aus der Hochschulbewegung verabschiedet hatten. Dieses Vakuum im studentischen Sektor ist seitdem nicht wieder aufgefüllt worden. Die organisatorische und insbesondere finanzielle Unmöglichkeit des Aufbaus eines neuen linken studentischen Hochschulverbandes führte dazu, dass heute an vielen Hochschulen diverse linke Hochschulgruppen existieren, die jedoch so dermaßen heterogen sind, dass sie in den Hochschulstreiks der 90er Jahre bzw. des vergangenen Jahres maximal

lokalen Einfluss erringen konnten, jedoch zur inhaltlichen Fortentwicklung und Dynamisierung der Proteste unfähig waren. Damit wird diesen Strukturen, wie dem Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen, dem PDS-Hochschulgruppennetzwerk, dem linken Teil der Juso-Hochschulgruppen kein Vorwurf gemacht, sondern nur ein Vakuum festgestellt. Dass die Organisationskraft des freien Zusammenschlusses der Studierendenschaften nie in angemessen proportionalem Verhältnis zur Länge seiner Diskussionen und dem Umfang seiner Papiere steht - was ich mit aller Wertschätzung sage, ist aus meiner Sicht unbestritten.

Dies bedeutet jedoch, dass linke HochschulaktivistInnen vielfach auf ihre Auseinandersetzungen vor Ort zurückgeworfen sind. Eine systematische Schulung, der Vergleich von Modellen, ein überregionaler Austausch von Ideen findet zumeist nicht statt. Wer sich auf dieser Konferenz zum ersten Mal im Leben begegnet ist und sich noch nie auf einer anderen Konferenz der üblichen Verdächtigen traf, ist sicherlich an ein oder zwei Händen abzuzählen.

Im "Erwachsenenbereich" ist ein direkter Zusammenhang zwischen rot-grüner Regierungspolitik und dem Einflussverlust linker Positionen im Hochschuldiskurs festzustellen. Mitte der 90er Jahre veröffentlichte eine Gruppe WissenschaftlerInnen aus dem Umfeld des BdWi, aber insbesondere der Wissenschaftsstrukturen von SPD und Grünen eine Memorandum alternativer Forschungs- und Technologiepolitik. Die avisierte Fortsetzung dieses Memorandums ist nie erschienen. Der Eintritt von SPD und Grünen in die Bundesregierung hat neben einer schmalen Novellierung des BAföG, der Einführung der Juniorprofessuren sowie der Diskussionen um das Hochschulrahmengesetzes (Studiengebühren, Verfasste Studierendenschaft) keine wesentliche Beförderung des linken Hochschuldiskurses in Gang gesetzt - im Gegenteil. Zwar haben einige linke, möglicherweise mehr als gedacht, in den Strukturen von SPD und Grünen überwintert, doch ein Ort linker Hochschuldebatte sind diese beiden Parteien nicht mehr.

Bei der PDS hat es diese Selbstverständlichkeit linker Hochschuldebatte nicht immer gegeben. In den neunziger Jahren trafen westdeutscher linker Hochschuldiskurs und ostdeutsche Betroffenheit über die Ausgrenzung intellektuellen Potenzials nach der Wiedervereinigung direkt aufeinander und redeten weitgehend aneinander vorbei, wenn sie sich nicht kulturell so unattraktiv fanden, dass überhaupt kein Gespräch zustande kam.

Die Etablierung hochschulpolitischer Debatte auf der Linken war insofern verbunden mit einem Generationenwechsel, dessen Vollendung jedoch zusammentraf mit dem Eintritt der PDS in Regierungskoalitionen und den damit verbundenen Debatten über die Frage, wie linke Hochschulpolitik in einer Landesregierung durchzusetzen bzw. was darin überhaupt möglich sei. Bislang hat die Partei, mit Ausnahme des Landesverbandes Sachsen-Anhalt noch keinen Schwerpunktparteitag zum Thema Wissenschaft und Bildungspolitik durchgeführt bzw. über Wahl- und Grundsatzprogramme hinaus in einer strategischen Debatte z.B. einem Leitantrag ihre wissenschaftspolitische Konzeption skizziert. Der vergangenes Wochenende in Potsdam avisierte Parteitag könnte dazu geeignet sein.

Für mich folgt daraus die pessimistische Feststellung, dass der linke Hochschuldiskurs heute ein Randdiskurs ist und selbst in der politischen Linken nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Ich will drei - möglicherweise überspitzte Beispiele bringen:

- die umfangreiche globalisierungskritische Bewegung, die insbesondere durch attac repräsentiert wird, hat das Thema Bildungs- und Hochschulpolitik bislang sträflichst vernachlässigt. Wer nun auf die attac-Hochschulgruppen oder auf WissenschaftlerInnen in attac verweist, sollte sich selbst fragen, ob dies den eigenen Ansprüchen genügt
- die in diesem Jahr gebildete sogenannte Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit hat das Thema Bildungs- und Wissenschaftspolitik noch nicht einmal ernsthaft benannt. Dies spiegelt die Unfähigkeit der deutschen Gewerkschaften einschließlich ihrer linken Funktionäre wider, mit hochschulpolitischen Diskursen umzugehen
- Mitgliederübergreifende hochschulinterne progressive Netzwerke, wie es sie in Berlin an der Technischen Universität in Form der Reformfraktion gab, kann ich derzeit an keiner Hochschule erkennen.

Noch einmal - um die Interventionskraft des linken Hochschuldiskurses ist es schlecht bestellt. Er wurde in den vergangenen Jahren strukturell verdrängt von Modernisierungsdebatten sowie rasanten Umstrukturierungen. Es ist in diesem Zusammenhang zu diskutieren, ob dies auch gelingen konnte, weil er inhaltlich und oder sprachlich weitgehend unfähig war, ein alternatives Hochschulmodell für eine tagesaktuelle Auseinandersetzung in den Hochschulen, in denen es durchaus Freiräume für Entwicklungen und z.T. überraschende Mehrheiten geben kann, zu skizzieren bzw. attraktiv zu machen. darauf möchte ich im nachfolgenden Abschnitt eingehen.

III. Perspektiven der Hochschullinken in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung

Grundsätzlich besteht die Aufgabe der Hochschullinken in dieser Debatte darin, einerseits in tagesaktuelle Auseinandersetzungen mit Vorschlägen zu intervenieren, wie die herrschende Realität in den Hochschulen verbessert werden kann, andererseits mit dem klassischen Konzept Aufklärung die Grenzen bzw. die bewusste Reduzierung herrschender Diskurse aufzuzeigen und auf weiterreichende Perspektiven hinzuweisen.

Wie man es nicht tun soll beweist aus meiner Sicht die insbesondere im AStA der FU vertretene kritische bzw. radikale Linke, die ich hier als Arbeitsthese mal als „isolationistische Linke“ bezeichnen will. Deren erster grundsätzlicher Irrtum besteht darin, zu glauben man könne neben einem Diskurs stehend, von außen einen Diskurs kritisieren. Die Aufgabe bestünde dann darin, die Diskursstrukturen offenzulegen ohne sich zu ihnen zu positionieren, da dies bereits ein Einlassen auf den Diskurs bedeuten würde. Für die eh schon weitgehend desinteressierte Öffentlichkeit reduziert sich dieses hochdifferenzierte Konzept auf die Frage „seid ihr nun dafür, oder dagegen?“. Während man dies noch eher locker überspielen kann, sind die Flugschriften, in denen bei Studierendenprotesten die Studierenden von den genannten Akteuren für ihren Protest wahlweise beschimpft oder altklug belehrt werden, ein echtes Ärgernis. Denn wenn ihnen nicht gerade erklärt wird, dass es vollkommen plemplem sei, für den Standort, die Uni oder gar Deutschland zu streiken, wird ihnen erklärt, dass sie durch ihr kollektives Agieren quasi völkisch handeln würden. Das Kollektiv ist, um mit Bernhard Schmid zu sprechen in dieser Ideologie-Alchimie grundsätzlich negativ besetzt und unterscheidet nicht zwischen Zwangsgemeinschaften einerseits und aus freien Stücken unternommener kollektiver Aktion.

Nicht wesentlich besser – weil genauso anti-aufklärerisch - sind die Versuche von Hochschullinken in Regierungsverantwortung, die Schwierigkeiten ihres Handelns mit Sachzwangargumenten überspielen zu wollen. Aufklärerisch ist statt dessen eine Diskussionsebene, die folgendes deutlich macht:

- Die Einschätzung linker Politik in Regierungsverantwortung leidet unter dem Dilemma, dass Steuerungsmöglichkeiten unterschiedlicher Ebenen (Gemeinden, Länder, Bund) nicht trennscharf genug abgegrenzt werden und deshalb Illusionen über deren Wirkungsmächtigkeiten besteht
- Es gibt eine Ressortkonkurrenz, die – jedenfalls prinzipiell – unaufhebbar ist: Aus der immer gegebenen Begrenztheit der zu verausgabenden Mittel resultieren Verteilungskonflikte zwischen den einzelnen Politikfeldern. Infrastrukturausgaben mit ihren unmittelbaren regionalen Beschäftigungswirkungen, Wirtschaftsförderung oder Investitionen in die Videoüberwachung öffentlicher Plätze erscheinen da immer handfester und in ihren Effekten vorhersagbarer als hochschulpolitische Anliegen.

Peer Pasternack meint, dass die handelnden PolitikerInnen auf Grund zuvor stattgefundener programmatischer Debatten verinnerlicht haben sollten, dass Hochschulausgaben Zukunftsinvestitionen sind, deren Absenkung Zukunftschancen mindert. Daneben ist es hilfreich, wenn PolitikerInnen auch verinnerlicht haben, dass Hochschulbildung ein Beitrag zu individueller Emanzipation ist, und dass z. B. eine Gesellschaft, die einen konsolidierten Staatshaushalt hat,

dann nicht sehr erstrebenswert ist, wenn die Konsolidierung des Staatshaushalts auf Kosten der individuellen Emanzipation ihrer Mitglieder erreicht wurde. Denn z. B. Demokratie wird damit nicht befördert.

Es gehört aus meiner Sicht jedoch noch mehr dazu und dies ist die kontinuierliche Einbeziehung kritischer und ansonsten durch den politischen Mainstream ausgeschlossener linker Hochschuldiskurse in die politische Tätigkeit. Selbst wenn dann eine Reihe von Positionen nicht umgesetzt werden können, ist es für die linken hochschulpolitischen Akteure noch frustrierender in einer PDS-Regierungsbeteiligten Hochschulgesetzdebatte rechten Unsinn wegekämpfen zu müssen und sich dabei immer noch misstrauisch beäugen zu lassen.

Mit anderen Worten, in dieser ersten PDS-Regierungsbeteiligung in Berlin ist es bislang nur sehr, sehr wenig und nach dem Rücktritt von Peer Pasternack als Wissenschaftsstaatssekretär faktisch überhaupt nicht mehr möglich gewesen, ein Bollwerk linken Hochschuldiskurses mit der medialen Öffentlichkeit eines Ministeriums zu sein. Es gibt in Berlin keinen exponierten linken Beratungskreis bei der Wissenschaftsverwaltung, der GATS und Bologna diskutiert, keine Veröffentlichung der geheimen GATS-Papiere auf der Webseite der Wissenschaftsverwaltung, keine quergeschossene Positionierung zu hochschulpolitischen Themen. Ein Versagen, dass auf der Fraktionsebene im wesentlichen auch in meiner Arbeit wiederzufinden ist.

Wenn ich also vorschlage, sich in der kommenden Diskussion auf die aus meiner Sicht spannenden Themen zu konzentrieren, dann mit einem Blick darauf, wie auf den Ebenen Hochschule, öffentlicher Diskurs in Parlament und Regierung sowie im zivilgesellschaftlichen Raum linke Politik konkret aussehen könnte. Die Themen, die ich meine heißen dabei:

- Umfang und Ausgestaltung von Hochschulautonomie einschließlich der hochschulinternen Organisation und Mitbestimmung
- Auseinandersetzung um die Aufrechterhaltung von Hochschulen als öffentlichem Raum und die Reichweite von Ökonomisierungs- und Privatisierungstendenzen
- Inhaltliche Entwicklung von Studienorganisation und Studienreform im Kontext von Disziplinierung, Studienzeitverkürzung und Internationalisierung.

Fragen der Forschung sowie der Personalreform lasse ich bewusst außer Acht – sie gehören heute nur am Rande dazu.

Benjamin-Immanuel Hoff, MDA, ist Mitglied der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und deren hochschulpolitischer Sprecher

* * *